

Eliten

→ *Bildungspolitik, Demokratisierung, Hochschulen, Legitimität, Lokale Eliten, Partizipation, Politiker, pol. Tradition, sozialer Wandel.*

1. *Definition und Identifikation.* – Zu Beginn dieses Jahrh. formulierten die Klassiker der Elite(E.)-Theorie (Pareto, Mosca, Michels) in bewußter Frontstellung zu marxistischen Ges.theorien das Gesetz von der universalen Unterteilung aller Ges.en in Herrschende und Beherrschte. Sie wiesen dabei den gesellschaftlichen E. eine entscheidende Rolle in ihren Modellen zur Erklärung → sozialen Wandels zu und betonten die auch angesichts zunehmender → Demokratisierung fortbestehende Bedeutung von E.

1.1 Ausschlaggebendes Definitionsmerkmal von E. ist deren überproportionaler Einfluß auf strategische Entscheidungen in einer Organisation, Gemeinde oder Gesellschaft (*soziale oder pol. Macht*). Jedoch sind ihre Handlungsspielräume immer durch den Stand der technologischen Entwicklung, Merkmale der Sozialstruktur, → pol. Traditionen und Institutionen, Erwartungen der Bevölkerung sowie durch die Vorstellungen der E. selbst über die Beeinflußbarkeit und Wünschbarkeit bestimmter Entwicklungen beschränkt. Sie können daher nicht als autonome Agenten betrachtet werden.

1.2 Die Erforschung nationaler E. setzt zunächst deren eindeutige *Identifizierung* voraus. Dabei variiert das Ausmaß der Bindung der E. zugehörigkeit an die Einnahme von mit klar definierten Entscheidungsbefugnissen ausgestatteten Herrschaftspositionen zwischen Ges.en. In modernen demokr. Industrieges.en wie der BRD ist diese Bindung relativ hoch, so daß wir hier von sog. *Positions-E.* sprechen können. Zu diesen gehören nicht nur die Inhaber von Spitzenpositionen in Politik (→ Politiker) und Ministerialbürokratie (→ Öff. Dienst) mit *direktem Einfluß* auf pol. Entscheidungen. Neben ihnen sind auch die E. in der Wirtschaft und anderen Interessengruppen von Bedeutung (→ Gewerkschaften, Unternehmer, Verbände). Diese versuchen teils ebenfalls, direkten Einfluß auf pol. Entscheidungen auszuüben; v. a. nehmen sie jedoch *indirekten Einfluß* auf diese, indem sie aufgrund ihrer Verfügungsmacht in ihren eigenen Organisationen und Basisgruppen Rahmenbedingungen für pol. Entscheidungen setzen. Schließlich sind auch noch die E. der Massenmedien (→ Buch, Film, Presse, Rundfunk) mit ihrem *Einfluß auf die* → Öff. Meinung zu nennen.

2. *Rekrutierung.* – In den Rekrutierungsmustern zeigen sich die Zugangschancen verschiedener Bevölkerungssegmente zu den E. Der Grad

der Offenheit der E. kann dabei als ein wesentlicher Indikator für die Berücksichtigung der verschiedenen Bevölkerungsinteressen betrachtet werden (→ Demokratisierung, soziale Ungleichheit).

2.1 Hinsichtlich ihrer *sozialen Herkunft* weisen die nationalen E. in der BRD eine überdurchschnittliche Rekrutierung aus der Oberschicht und Oberen Mittelschicht auf. Dies gilt in besonderem Maß für die E. in Ministerialbürokratie, Militär (→ Bundeswehr), Wirtschaft und Wissenschaft, während politische E. – und hier insbesondere die → SPD- und Gewerkschafts-E. – mehr Aufstiegsmöglichkeiten für Angehörige der unteren Mittelschicht und Unterschicht eröffnen (Hoffmann-Lange u. a. 1980, 22 ff.). Das durchschnittliche *Ausbildungsniveau* der E. ist ebenfalls weit höher als das der Bevölkerung (→ Bildungspolitik, Hochschulen, Schule). Berücksichtigt man als weitere Indikatoren noch die fast völlige Abwesenheit von → Frauen und die deutliche Unterrepräsentation von Katholiken (→ pol. Tradition, Religiosität) in den E., so läßt sich konstatieren, daß diese in ihrer sozialen Zusammensetzung keineswegs als ein getreues Abbild der Bevölkerung bezeichnet werden können.

2.2 Dies entspricht Ergebnissen der E.-forschung in anderen Ges.en. Angehörige von Unterschichten und unterprivilegierten Bevölkerungsegmenten haben überall weit unterdurchschnittliche Zugangschancen zu den E. Betrachtet man E. als die Spitze einer nach zunehmender pol. Beteiligung geschichteten Pyramide, so spiegeln sie nach dem „*Gesetz der zunehmenden Disproportionalität*“ die Bevölkerungsstruktur am schlechtesten wider (Putnam 1976, 33 ff.). Dies ist teilweise auf die Möglichkeit der Umsetzung von sozialer und ökonomischer Macht in politische, teilweise jedoch auch auf Selbst-Selektion (geringere Motivation und Ausbildung) zurückzuführen.

2.3 Andererseits kann man jedoch in der BRD auch *nicht* von einem sozial homogenen *Establishment* oder von einer geschlossenen herrschenden Klasse sprechen (→ pol. Tradition). Dagegen spricht neben der doch relativ breiten sozialen Rekrutierung v. a. die kurze Verweildauer in den Spitzenpositionen bei einer gleichzeitig geringen Austauschrate zwischen den Spitzenpositionen der verschiedenen Teil-E. (Hoffmann-Lange u. a. 1980, 38 ff.).

2.4 Hat nun diese mangelnde Repräsentativität in der sozialen Zusammensetzung der E. die *Konsequenz*, daß die Interessen bestimmter Bevölkerungssegmente von den E. systematisch vernachlässigt werden? Dies würde unweigerlich zu gesellschaftlichen → Konflikten führen, wenn es sich dabei um klar abgrenzbare und aktive Gruppen handelt, die sich von der aktiven Teilnahme an pol. Entscheidungen ausgeschlossen fühlen (→ Partizipation). Angesichts des formal freien Zugangs zu den pol. Institutionen, der Konkurrenz der Parteien um Wählerstimmen in

allen Bevölkerungsteilen und des geringen Einflusses von sozialer Herkunft auf die pol. Einstellungen der E. kann diese Möglichkeit für die BRD weitgehend ausgeschlossen werden. Die Vernachlässigung von Interessen mit geringer Organisations- und Konfliktfähigkeit ist eher auf Funktionsbedingungen des pol. Systems und auf geringe pol. Partizipation der betroffenen Gruppen als auf die mangelnde soziale Repräsentativität der E. zurückzuführen.

3. *Demokratieverständnis.* – Die Akzeptierung von Spielregeln der Austragung von Interessenkonflikten durch die E. wird vielfach als eine zentrale Voraussetzung für die Etablierung und Aufrechterhaltung demokr. Regierungssysteme betrachtet. Emp. Studien zeigen auch tatsächlich, daß in westlichen Demokratien die E. in weit höherem Maß als die Bevölkerungen demokr. Werthaltungen aufweisen (u. a. McClosky 1969, 276). Im Rahmen solcher Überlegungen läßt sich das Scheitern der → Weimarer Republik zu einem nicht unerheblichen Teil auf die mangelnde Kompromißfähigkeit und die vorherrschend antidemokr. Einstellungen der deutschen E. zurückführen (Lepsius 1978, 50). Die E. in der BRD akzeptieren dagegen fast durchgängig die demokr. pol. Institutionen, die Existenz pol. Parteien und die Notwendigkeit von Kompromissen, während gleichzeitig deutliche Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Beurteilung von pol. Tagesfragen zwischen ihnen bestehen (Hoffmann-Lange u. a. 1980, 52 ff.). Der hohe pol. Partizipationsgrad der nicht-pol. E. in den drei im Bundestag vertretenen Parteien (39% Parteimitglieder) kann als weiterer Indikator für das Verschwinden traditioneller Parteienaversion gelten.

4. *Einfluß von E. auf die PK.* – Alle emp. Befunde deuten darauf hin, daß den E. eine wichtige Rolle bei der Definition und Artikulation pol. Probleme zukommt (Wildenmann 1975), auch wenn über die Prozesse der Vermittlung pol. Einstellungen zwischen E. und Bevölkerung bisher wenig bekannt ist. Der höhere Informationsgrad der E., ihre größere Artikulationsfähigkeit sowie die Tatsache, daß ihre Position sie ständig mit pol. Themen in Berührung bringt, führen bei ihnen zu einer wesentlich größeren Relevanz des Lebensbereichs Politik, als dies für andere Bevölkerungsgruppen der Fall ist. Innerhalb der E., insbesondere der pol. E., sind die Unterschiede in der Bewertung pol. Konfliktmaterien daher konsistent größer als innerhalb der Bevölkerungsmehrheit. Eine wichtige Vermittlungsrolle spielen zweifellos die Massenmedien, die die Meinungsbildung innerhalb der Bevölkerung beeinflussen. Dies geschieht weniger durch die Prägung spezifischer Einstellungen als vielmehr durch die Definition von relevanten pol. Themen. Daneben werden durch sie

auch Informationen über das Demokratieverständnis und die Weisen der Konfliktaustragung innerhalb der E. verbreitet. Sofern die E. selbst sich an die Spielregeln demokr. Konfliktaustragung halten und die Resultate pol. Entscheidungsprozesse für die Bevölkerungsmehrheit zufriedenstellende Lebensbedingungen garantieren, wird durch ihr Verhalten auch die → Legitimität der demokr. Institutionen gefördert.

Ursula Hoffmann-Lange

Literatur:

- Hoffmann-Lange, Ursula / Neumann, Helga / Steinkemper, Bärbel*: Konsens und Konflikt zwischen Führungsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt 1980.
- Lepsius, M. Rainer*: From Fragmented Party Democracy to Government by Emergency Decrees and National Socialist Takeover: Germany. In: *Linz, Juan J. / Stepan, Alfred* (Hg.): The Breakdown of Democratic Regimes: Europe. Baltimore und London 1978.
- McClosky, Herbert*: Consensus and Ideology in American Politics. In: *Cnudde, Charles F. / Neubauer, Deane E.* (Hg.): Empirical Democratic Theory. Chicago 1969.
- Scheuch, Erwin K.*: Soziologie der Macht. In: *Schneider, Hans K. / Watrin, Christian* (Hg.): Macht und ökonomisches Gesetz. Schriften des Vereins für Sozialpolitik. Berlin 1973.
- Wildenmann, Rudolf*: Towards a Sociopolitical Model of the German Federal Republic. In: *Wildenmann, Rudolf* (Hg.): Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik. Bd. 4. München 1975.
- Putnam, Robert D.*: The Comparative Study of Political Elites. Englewood Cliffs 1976.